LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/11250
23. 01. 2025

Antrag

der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Bildungschancen nutzen – Übergänge und Abschlüsse für junge Menschen stärken

I. Der Landtag stellt fest:

In unserem Bildungsland Rheinland-Pfalz haben wir den Anspruch, dass alle Kinder und Jugendliche einen Schulabschluss erreichen sollten, um einen selbstbestimmten Lebensweg gehen zu können. Wir wollen und dürfen kein Kind verlieren. Bildung ist hierfür der entscheidende Schlüssel, und der formale Schulabschluss öffnet den Weg in die Welt.

Zudem stehen Deutschland und Rheinland-Pfalz vor großen wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen: Der Fachkräftemangel betrifft nahezu alle Branchen, und die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften wächst stetig. Gleichzeitig befindet sich unsere Gesellschaft in einem demografischen Wandel. Angesichts dieser Situation müssen wir alles daransetzen, dass wir jungen Menschen die besten Chancen auf ein erfülltes und auskömmliches Berufsleben mit auf den Weg geben und sie so ein selbstbestimmtes Leben führen können. Eine gezielte und umfassende berufliche Orientierung von Beginn an ist daher von entscheidender Bedeutung, um Jugendliche auf die Arbeitswelt vorzubereiten und den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich zu gestalten. Bereits Kinder in Kindertagesstätten und im Grundschulalter entwickeln erste Berufswünsche und stellen sich ihr Leben als Erwachsene vor. Vor diesem Hintergrund ist eine kontinuierliche, altersangemessene Stärkung der Kinder in ihrer Befassung mit der Arbeitswelt wichtig, die Horizonte erweitert statt einengt. Auch das hilft später den Jugendlichen, sich bei der Vielzahl der Möglichkeiten zurechtzufinden und eine gute Entscheidung für die eigene Zukunft zu treffen.

Deshalb ist die Berufliche Orientierung ein wichtiger Baustein der rheinland-pfälzischen Landespolitik und ein Schwerpunkt der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz. Sie basiert auf dem Grundsatz der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung, denn beide Bereiche bieten jungen Menschen wichtige Entfaltungschancen und in beiden Bereichen ist der Fachkräftebedarf größer denn je.

In Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten, Kammern, Berufsbildenden Schulen, Hochschulen und der Wirtschaft wird in rheinland-pfälzischen Schulen ein vielfältiges Angebot bereitgestellt. Dazu gehören die landesweit an allen Schulen stattfindenden Tage der Berufs- und Studienorientierung, die Praktikumswoche, der Praxistag sowie der Girls'- und Boys'Day, die den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, ihre Interessen und Fähigkeiten zu erkunden und Berufe kennenzulernen. Auch digitale Werkzeuge spielen eine immer größere Rolle. Das digitale Berufsorientierungs-Portfolio RLP (DiBoP), die Potenzialanalyse Profil-AC und die App ‚zukunft läuft' bieten moderne Ansätze für die individuelle Berufsorientierung.

Ein Schulabschluss bildet die Grundlage für einen erfolgreichen Übergang ins Berufsleben. Um auch diejenigen Schülerinnen und Schüler mitzunehmen, die bislang keinen Abschluss erreicht haben oder einen höheren Abschluss anstreben, bietet das rheinland-pfälzische Bildungssystem zahlreiche Möglichkeiten, gezielt Schulab-

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 28. Januar 2025 – Vorabdruck verteilt am 23. Januar 2025

schlüsse zu erwerben – sei es direkt im Schulberufssystem, im schulischen Übergangssystem oder begleitend zu einer dualen Ausbildung. Ein Beispiel dafür ist das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), das umfassend reformiert wurde, um gezielt auf den Eintritt in eine Berufsausbildung oder ein Arbeitsverhältnis vorzubereiten. Ergänzend dazu gibt das Projekt ‚Keiner ohne Abschluss' Jugendlichen ohne Berufsreifeabschluss eine weitere Chance auf einen erfolgreichen Übergang in den Beruf und ein selbstbestimmtes Leben. Besondere Unterstützung erhalten Jugendliche durch landeseigene Projekte wie die Übergangscoachs an Schulen oder den ESF+-Förderansatz Jobfux, die helfen, den Weg von der Schule ins Berufsleben zu ebnen. Diese Maßnahmen sollen weiter gestärkt werden, um sicherzustellen, dass kein junger Mensch in Rheinland-Pfalz ohne Anschluss bleibt.

Seit dem Schuljahr 2023/2024 wird auch ein Datenaustausch aller weiterführenden Schulen mit der Agentur für Arbeit durchgeführt, um allen Schülerinnen und Schülern ein Beratungsangebot unterbreiten zu können, die nach Beendigung der Schule keine konkrete berufliche Anschlussperspektive haben.

In einer Zeit, in der Fachkräfte in nahezu allen Bereichen dringend benötigt werden, ist es unsere gemeinsame Aufgabe, sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche ihre Bildungschancen nutzen können – für ihre persönliche Zukunft und die Zukunft unserer Gesellschaft.

II. Der Landtag begrüßt:

- die etablierte Durchführung der Tage der Berufs- und Studienorientierung an Schulen, um Schülerinnen und Schüler auf die Arbeitswelt vorzubereiten und sie zu unterstützen, für sich selbst eine gute Berufswahlentscheidung zu treffen;
- die Einführung der Praktikumswoche Rheinland-Pfalz im Jahr 2024, um Schülerinnen und Schülern Tagespraktika zu ermöglichen und unterschiedliche Unternehmen und Berufe erkunden zu können;
- die Nutzung eines Berufswahlportfolios für alle Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 8 sowie das Angebot eines landeseigenen digitalen Berufsorientierungs-Portfolios (DiBoP), um Schülerinnen und Schüler individuelle berufliche Orientierung und Erfahrungen zu ermöglichen;
- die Umsetzung der Schülerdatennorm, mit der Land und Agentur für Arbeit die bestehende Zusammenarbeit erweitern, um Jugendliche ohne konkrete berufliche Anschlussperspektive nach der Schulzeit besser zu erreichen und ein Beratungsangebot unterbreiten zu können;
- die Reform des Berufsvorbereitungsjahres, die die An- und Abschlussfähigkeit der Schülerinnen und Schüler stärkt;
- die Anstrengungen des Landes und das Engagement der Schulen, den Übergang von Schülerinnen und Schüler in Ausbildung und Beruf durch das Projekt „Ausbildungsversprechen" zu stärken;
- die vorhandenen Angebote zur Förderung fachbezogener und sprachlicher Fördermaßnahmen im schulischen Bereich (z. B. Berufsvorbereitungsjahr Sprache, Startchancenprogramm) sowie die ausbildungsbegleitenden Hilfen (z. B. Assistierte Ausbildung der Agentur für Arbeit);
- die individuelle Beratung und Begleitung junger Menschen im Übergang von Schule in Beruf durch Maßnahmen wie z. B. den Übergangscoach, Jobfux, Coach für betriebliche Ausbildung von Handwerkskammern und DEHOGA oder Lebensbegleitende Berufsberatung der Agentur für Arbeit;
- die Zusammenarbeit des Landes mit den Kammern im „MAKERSPACE" #machdeinhandwerk und in den Ferienangeboten in der Berufsorientierung;
- die im Rahmen der modernisierten Schulordnung für den inklusiven Unterricht realisierte Möglichkeit für Förderschülerinnen und Förderschüler bei entsprechendem Lernfortschritt in eine Regelschule zu wechseln, um dort die Schulabschlüsse der anderen Schularten zu erlangen sowie die feste Verankerung des inklusiven Unterrichts im Berufsvorbereitungsjahr an den berufsbildenden Schulen;

- das Startchancenprogramm, mit dessen Hilfe gezielt Schulen in herausfordernder Lage darin unterstützt werden, dass auch ihre Schülerinnen und Schüler in eine gute Zukunft blicken können.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- ein Qualitätssiegel in der Berufsorientierung einzuführen, um das Profil der Schulen in der schulischen Berufsorientierung zu schärfen;
- für alle Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I und II jeweils Berufspraktika verpflichtend vorzusehen, um allen Schülerinnen und Schülern umfassende altersgemäße Erfahrungen zu ermöglichen;
- überall dort Praxistage unbürokratisch in den Schulalltag zu integrieren, wo es sich die Schulgemeinschaft wünscht;
- alle Schülerinnen und Schüler, die Gefahr laufen, keinen berufsqualifizierenden Abschluss zu erreichen, spätestens in Klasse 8 zu identifizieren und dementsprechend noch gezielter zu fördern;
- weiterhin in den Ausbau der inklusiven Beschulung zu investieren, damit insbesondere auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf weiterhin die Chance auf einen Berufsreifeabschluss haben;
- die fachlichen und überfachlichen Kompetenzen abseits der aktuell vorherrschenden Leistungsfeststellungsmaßnahmen an Schulen stärker zu akzentuieren und zu fördern;
- den Weg der Stärkung multiprofessioneller Teams an Schulen weiter zu ermöglichen und dabei auch die Arbeit von Jobfüxen und Übergangscoaches zu integrieren;
- bei der Aus- sowie Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften die Berufsorientierung und den Übergang von Schule ins Berufsleben noch stärker in den Blick zu nehmen und dementsprechend den Unterricht praxisnäher zu gestalten;
- die pädagogischen Fachkräfte im Elementar- und Primarbereich für das Thema Berufsorientierung zu sensibilisieren, um bereits frühzeitig die Kinder auf ihrem Weg der Berufsorientierung zu begleiten;
- die Zusammenarbeit von Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen mit Schulen zu verbessern, um Schülerinnen und Schülern vielfältige Einblicke in das Arbeitsleben zu geben;
- das Angebot von Orientierungsangeboten auch nach der Schulzeit und insbesondere während der Ausbildung zu stärken, z.B. durch eine Berufsorientierungszeit;
- die Zusammenarbeit mit externen Akteuren sowie allen Kammern der dualen Ausbildung und allen Ausbildungspartnern schulischer Ausbildungen weiter auszubauen. Nur durch eine noch bessere regionale Vernetzung der Berufsorientierungsangebote und Netzwerksarbeit kann der regionale Fachkräftebedarf gestaltet werden;
- sich auf Bundesebene für das Forschungsdatengesetz einzusetzen, um weitere sozioökonomische Daten zu den Schulabgängern erheben zu können und damit zielgerichtete Angebote zu entwickeln;
- die Jugendberufsagenturen weiterzuentwickeln und flächendeckend anzubieten;
- die aufsuchende Jugendsozialarbeit weiter zu stärken;
- die Datenweitergabe an die Agentur für Arbeit zu verstärken und insbesondere Informationen über Schulabgehende ohne Berufsreifeabschluss regelmäßig weiterzuleiten, um unter Berücksichtigung des Datenschutzes möglichst eine lückenlose Bildungs- und Ausbildungsbiographie im Sinne aller Beteiligten zu erstellen. Und dazu die im Schuljahr 2024/2025 erfolgte Umsetzung der Schülerdatennorm mit der Agentur für Arbeit weiter zu verfolgen und die so wichtige vorberufliche Beratung junger Menschen ohne konkrete berufliche Anschlussperspektive weiter zu stärken;
- zu prüfen, inwiefern weitere Anreize zur Aufnahme einer beruflichen Ausbildung eingeführt werden können;

– gezielt insbesondere die MINT-Förderung mit externen Partnern in der Schulbildung weiter zu stärken.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Carl-Bernhard von Heusinger

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber